

## Digitalisierung und Corona: Mit digitalen Lösungen die Krise besser bewältigen

### Teilhabe sichern, Innovationen fördern, für die Zukunft gut gerüstet sein

Die aktuelle Corona-Krise mit ihren Einschränkungen und Ungewissheiten bedeutet für alle Menschen eine extrem hohe Belastung. Wir wollen alles tun, damit wir die weitere Ausbreitung des Corona-Virus so stark wie möglich minimieren und gleichzeitig den Menschen Möglichkeiten für ein besseres Leben in der Krise bieten: den Eltern, die ihre Kinder zuhause betreuen müssen, den Kindern, die nicht in die Kitas und Schulen können, den Menschen, die kein Homeoffice machen können, und denen, die angesichts unterbrochener Aus- und Fortbildung nicht wissen, wie es weitergeht. Vielen hilft ein entscheidendes Mittel, das virtuell Nähe ermöglicht, wo social distancing für physischen Abstand sorgt: internetbasierte Dienste. Digitale Lösungen können zudem einen Beitrag leisten, auf daten- und informationsbasierter Grundlage eine Exit-Strategie für Bürger\*Innen, Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen zu entwickeln.

Wie unter dem Brennglas wird jetzt mehr als deutlich, wie groß die Versäumnisse der Bundesregierung in der Digitalpolitik der vergangenen Jahren sind: beim fehlenden Breitbandausbau, der mangelnden IT-Sicherheit und Barrierefreiheit oder bei noch immer kaum vorhandenen digitalen Verwaltungsangeboten. Was wir jetzt brauchen, ist eine echte Koordination der Bundesregierung, um die Digitalisierung mit all ihren Chancen konsequent voranzutreiben.

Wir erleben alle mehr denn je, wie hilfreich digitale Tools sind, um über Grenzen hinweg zu kommunizieren, Gemeinschaft zu leben, kollaborativ zu arbeiten, Hilfe zu organisieren, Prozesse zu beschleunigen und zu vereinfachen, um Infektionsketten zu identifizieren und bei der Kontaktverfolgung der Gesundheitsbehörden zu helfen. Gleichzeitig erleben wir eine große Verunsicherung, u.a. bezüglich der Sicherheit von Angeboten, der Zunahme von Desinformationskampagnen und Onlinekriminalität. Die Menschen dürfen mit all ihren Fragen nicht allein gelassen werden. Viele digitale Lösungen werden ehrenamtlich entwickelt und hiermit auch die eklatanten Mängel der Digitalpolitik der Bundesregierung aufgefangen.

Gerade in der Krise sind wir gefordert, Chancen zu identifizieren und zu nutzen: Für ein steigendes Bewusstsein für eine Digitalpolitik, die Vertrauenswürdigkeit und die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt und von der wir auch nach der Krise als Gesellschaft profitieren. Wir haben die Chance mit einer großen und gemeinsamen Kraftanstrengung viele Versäumnisse der Digitalpolitik der großen Koalition in kurzer Zeit nachzuholen und die digitale Transformation sozial und nachhaltig zu gestalten. Es kommt jetzt darauf an, schnell technische, finanzielle, organisatorische und rechtliche Grundlagen für digitale Lösungen voran zu treiben, sie schnell und effektiv zu entwickeln und zu nutzen.

Digitalpolitik steht mehr denn je vor der Aufgabe, die Chancen- und Teilhabegerechtigkeit in der digitalen Gesellschaft zu gestalten. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, flächendeckende, sichere und nicht-

Corona und Digitalisierung – Beschluss der AG Digitalpolitik– 14.04.2020

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

diskriminierende Vernetzung und damit Teilhabe und Chancengerechtigkeit mit konkreten digitalen Lösungen für alle Menschen zu ermöglichen.

Wir dürfen nicht Gefahr laufen, das große Ganze aus den Augen zu verlieren. Digitalisierung ist kein Allheilmittel und eine App ersetzt keine weiterhin dringend benötigten gesundheitspolitischen Bemühungen für mehr und besser bezahltes Personal, Test- und Intensivbettenkapazitäten oder die Beachtung von Kontaktverboten und Hygieneregeln. Der Einsatz von digitalen Lösungen muss vielmehr in ein ganzes Maßnahmenbündel eingebettet werden und darf nicht isoliert erfolgen.

In der jetzigen Situation gilt es mehr denn je: Wir müssen in Europa und weltweit voneinander lernen und gemeinsame Antworten entwickeln, die auf unseren europäischen Werten fußen. Das Pan European Privacy Protecting Proximity Tracing (Pepp-PT) Konsortium zeigt, wie in einer europäischen Kollaboration schnell sichere, offene Protokolle, Standards und Systeme für Apps zur Nachverfolgung der Kontakte geschaffen werden können.

*Wir fordern u.a. daher umgehend, die Voraussetzungen für folgende digitale Lösungen als Sofortmaßnahmen zur unmittelbaren Hilfe und für Maßnahmen zur Stärkung der Krisenfestigkeit zu schaffen:*

### **Digitale Unterstützung für die Unterbrechung von Infektionsketten und der Information von Kontaktpersonen**

Eine automatisierte Lösung für Kontaktverfolgung und Benachrichtigung ist deutlich schneller, als der tief in die Grundrechte der Menschen eingreifende und oftmals ungenaue analoge Prozess. Der Umsetzung als Smartphone-App steht der Datenschutz nicht entgegen, wenn einige Voraussetzungen eingehalten werden. Entscheidend wird sein, das Vertrauen der Nutzer\*Innen zu gewinnen – und beispielsweise nicht wie durch die Diskussion um Funkzellenabfragen oder verpflichtende Apps zu verspielen.

#### **Wir fordern u.a.:**

- die Bundesregierung auf, schnell eine entsprechende Smartphone-App vorzulegen;
- sich an den **Vorgaben der Pan European Privacy Protecting Proximity Tracing (Pepp-PT)** zu orientieren und sich klar für eine datenschutzfreundliche Lösung einzusetzen. Im Kern bedeutet das: Freiwilligkeit der Nutzung, Verzicht auf Lokalisierungs-/Positionsdaten und Anonymisierung der Daten und Nutzung dezentraler Datenbanken;
- zur Stärkung des **Vertrauens in die gewählte Lösung**, die volle Einbeziehung und frühzeitige Überprüfung durch sowohl den Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (BfDI) als auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI);
- zur Stärkung des Vertrauens eine **gesetzliche Regelung** zu prüfen mit Festlegung klarer Verantwortlichkeiten, enger Zweckbindungen und zeitlicher Befristungen wie Löschrufen, um Diskriminierung von App-Nutzer\*Innen und App-Nicht-Nutzer\*Innen sowie den Zugriff von Sicherheitsbehörden

rechtlich auszuschließen, laufende begleitende Informationen der Nutzer\*Innen, das Verfahren im Fall eines positiven Kontaktes und jederzeitige De-Installation sicherzustellen.

- **Apps müssen möglichst barrierefrei und als Open-Source-Entwicklung** zur Verfügung gestellt werden, um sie fortwährend und transparent auf die Wahrung von Datenschutz und IT-Sicherheit überprüfen zu können. Für Bürgerinnen und Bürger ohne Smartphone, die ebenfalls teilnehmen möchten, sollte grundsätzlich eine Alternative wie etwa Armbänder zur Verfügung stehen. Um möglichst viele Menschen für eine Nutzung zu gewinnen, muss die App auch in mehreren Sprachen beworben werden und zur Verfügung stehen;
- **Bürger\*Innen** mit der Information, potenziell infiziert zu sein, nicht allein zu lassen. Die App muss klare Informationen liefern, wie mit einer möglichen Infektion umzugehen ist, ab wann ein Test sinnvoll ist, wo dieser gemacht werden kann und dazu aufrufen, sie sich in Quarantäne zu begeben. Diese Aufforderung muss als Begründung für eine Krankschreibung ausreichen.

### Digitalisierung des Gesundheitswesens

Die App-basierte Nachverfolgung von Kontaktpersonen ist nur eine von vielen zu ergreifenden Maßnahmen zur Entlastung und Digitalisierung des Gesundheitsbereichs. Die Einschränkung der sozialen Teilhabe kann sich massiv auf den Gesundheitszustand, insbesondere bei älteren und pflegebedürftigen Menschen auswirken.

### Wir fordern u.a.:

- stärkere Unterstützung von und Beratung für **digitalisierte medizinische Angebote** wie Online-Angebote für Psychotherapie und Verlagerung weiterer medizinischer Angebote wo möglich und sinnvoll auf digitale Dienste unter systematischer Beteiligung von Patienteninteressen und unter Beachtung von Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit. Zulassungen von neuen Anwendungen sollten, unter Abwägung des Nutzens für das Gesundheitssystem, vereinfacht werden;
- **Vorhalten von digitalen Kommunikationsmöglichkeiten** für ältere und pflegebedürftige Menschen in **Pflegeeinrichtungen** wie etwa die Nutzung von Messenger- und Videotelefoniediensten auf Tablets. Viele ältere und pflegebedürftige Menschen in Pflegeeinrichtungen sind hart von Besuchsverböten und Quarantänemaßnahmen betroffen. Es sind alle digitalen Möglichkeiten zu nutzen, um wieder den Kontakt zu Verwandten und Freunden zu ermöglichen;
- **sichere telemedizinische Angebote zur Fernbehandlung für alle Gesundheitsberufe** zu ermöglichen und ihre Zulassung zu vereinfachen und entsprechende technische, medizinische und rechtliche Beratung für Ärzt\*innen und Patient\*innen auszuweiten sowie elektronische Rezepte zu ermöglichen;
- **Gesundheitsdaten für die Forschung** unter voller Wahrung der geltenden Datenschutzvorgaben und der Wahlmöglichkeiten der Patient\*Innen in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden verfügbar zu machen und durch die konsequente Nutzung internationaler Standards in der ePA und in PVS/KIS sowie den Aufbau einer dezentralen Infrastruktur eine hohe Datenqualität sicherzustellen.

### **Technische Innovationen schnell vorantreiben**

Wir wollen mit neuen Technologien und innovativen Methoden effektiv die Krisen bekämpfen, zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen und die Basis für zukünftige Resilienz schaffen.

#### **Wir fordern u.a.:**

- Für die unmittelbare Bekämpfung von Covid-19 eine nationale und europäisch vernetzte **Corona Technologie Task Force (CTTF)** einzusetzen: Die Bundesregierung muss eine interdisziplinäre Gruppe zusammenstellen, die sich auf die Entwicklung und das Bereitstellen von kurz- und mittelfristigen technologischen und digitalen Lösungen fokussiert. Diese könnte zunächst befristet bis zum Ende der Corona- Krise am Bundeskanzleramt mit eigenem Budget angesiedelt sein. Bei positiver Erfahrung könnte sie in eine generelle Technologie Task Force überführt werden, die als Scharnier zwischen Politik und Innovatoren dauerhaft unsere Innovationsfähigkeit und damit Resilienz erhöht;
- Die CTTF sollte sich **interdisziplinär zusammensetzen** aus dem RKI, dem Digitalrat, der Agentur für Sprunginnovationen, dem Health Innovation Hub, dem in Gründung befindlichen Digital Transformation Team, dem Bundesdatenschutzbeauftragten und dem BSI, Vertreter\*Innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sowie Virolog\*Innen, Public Health Expert\*Innen, Expert\*Innen für betrieblichen Gesundheitsschutz, Gewerkschaftsvertreter\*Innen und Data Scientists. So können Entwicklungen abgekürzt, notwendige rechtliche Fragen frühzeitig geklärt, Lösungen direkt auf die Probleme zugeschnitten und größtmögliche Transparenz geschaffen werden;
- **innovative Anwendungen zu unterstützen und schnell umzusetzen.** Die vielzähligen digitalen Lösungen, die bereits von engagierten Software-Entwickler\*innen, Unternehmer\*innen, Wissenschaftler\*innen und vielen anderen für schnelle Hilfe in der Krise entwickelt wurden, brauchen eine Anlaufstelle, dauerhafte Unterstützung und sichere Finanzierung. Die CTTF soll mit einem eigenen Fonds ausgestattet werden und innovative Ideen schnell in politisches Handeln übertragen, indem sie civic-tech (gemeinwohlorientierte Technikentwicklungen) über Hackathons hinaus unterstützt und in engem Austausch mit Stiftungen Mittel für konkrete Open-Source-Projekte generiert;
- gemeinsam mit den Ländern und Kommunen **regionale und lokale Ideen-Wettbewerbe** organisieren, Hackathons, die nah an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert sind;
- Die CTTF soll in Kooperation mit zuständigen Ministerien und Behörden prüfen, inwieweit (bereits existierende) **Apps hinsichtlich ihres Nutzens und ihrer Rechtssicherheit zertifiziert werden können.** So kann notwendiges Vertrauen wachsen. Auch können von der CTTF Lücken und europäische use-cases identifiziert werden, die mit technischen Innovationen geschlossen werden könnten;
- **Die CTTF soll identifizieren, welche Daten wir für eine evidenzbasierte und rechtsstaatliche Pandemiebekämpfung brauchen.** Indem Virologie, Epidemiologie, Data Science, Datenschutz und IT-Sicherheit direkt zusammengebracht werden, kann gemeinsam, aufbauend auf den Ideen der Daten-Ethikkommission, identifiziert werden, welche Daten sinnvoller Weise zur Bekämpfung der Pandemie wie erhoben werden sollten und wie sich das technisch und datenschutzkonform umsetzen lässt;
- Die CTTF soll identifizieren welche **neuen Technologien praktisch eingesetzt** werden können, um beispielsweise Lieferketten von medizinischen Hilfsgütern durch dezentrale Datenbanken

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

(Blockchain) oder auf künstlicher Intelligenz basierende Forschung zur dreidimensionalen Struktur der Virus-Proteine und die Wirksamkeit von (neuen) Arzneimitteln und Impfstoffen voran zu treiben;

- **Chancen der Digitalisierung in allen Bundesministerien durch Innovationsteams nutzen.** Bestehend aus Verwaltung, Forschenden, Wirtschaft und Expertise aus Recht, Praxis und Zivilgesellschaft sollten die Innovationsteams Anlaufstelle für neue Ideen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sein und schnelle Modelllösungen und Ressourcen unkompliziert bereitstellen. So wird eine Lücke geschlossen, die derzeit oft zwischen Entwickler\*Innen und Politik besteht. Die Innovationsteams bieten so die Struktur, um die in beinahe allen Lebensbereichen zahlreichen konkreten Möglichkeiten der Digitalisierung zur Abmilderung der Folgen des Shutdowns jetzt zu nutzen und unsere Innovationsfähigkeit auch langfristig für kommende Krisen zu erhöhen;
- Gemeinwohlorientierte Innovator\*Innen in Zivilgesellschaft und Unternehmen durch die Gründung einer "**Innovationsstiftung für Nachhaltigkeit und soziale digitale Anwendung**" (INSDA) unterstützen
- ein zusätzlich zu den in den Ministerien veranschlagten Haushaltsposten, ein **Digitalbudget in Höhe von 500 Millionen Euro zu schaffen.** Hierauf können sich alle Ministerien mit innovativen Projektideen bewerben, und zwar sowohl einzeln als auch in Kooperation mit einem oder mehreren anderen Ressorts. Die Entscheidung über die konkrete Mittelvergabe erfolgt über das Digitalkabinett.

### **Unabhängige Beratung für Bürger\*Innen und Unternehmen ausweiten und Wissensnetzwerke schaffen**

Viele Menschen haben digitale Lösungen wie Home-Office, E-Learning oder Nachbarschaftshilfen für sich, ihre Kinder, Studierenden, Angestellten oder Nachbarn zum ersten Mal genutzt, auf die Schnelle selbst aufgebaut oder angeboten. Es ist wichtig, all die Menschen, die derzeit neue digitale Anwendungen nutzen, mit ihren Fragen nicht allein zu lassen und sicherzustellen, dass digitale Teilhabe kein Privileg technisch versierter Menschen wird. Initiativen reichen von Plattformen für nachbarschaftliche Hilfe über offenen Quellcode für Logistik-Software bis zu einer Datenbank über Krankenhauskapazitäten und werden oftmals mit hohem ehrenamtlichem Engagement entwickelt.

### **Wir fordern u.a.:**

- **bestehende Initiativen und Informationen zu Corona** auf einer öffentlichen Plattform zugänglich zu machen. **Diese Angebote müssen zentral gebündelt und zugänglich gemacht** werden, damit sich Initiativen, KMU, Bürger\*Innen und viele weitere miteinander vernetzen können. Diese Plattform sollte als zentrale Informationsstelle für Bürger\*Innen rund um Fragen zu Corona genutzt werden. Dabei soll auch auf bestehenden und auszuweitende Informations- und Beratungsangebote zu Fragen des Datenschutzes, der IT-Sicherheit, der qualitätsgeprüften, möglichst open-source basierten, pädagogischen Digitalangebote, der medienkompetenten Einbindung von Onlinetools oder zu häufigen Betrugsmaschen und unlauteren Praktiken, u.a. durch den Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), den Verbraucherzentralen oder den Landesmedienanstalten verwiesen werden;
- die **Datenschutzaufsichtsbehörden von Bund und Ländern** den stark gestiegenen Herausforderungen angemessen auszustatten und zumindest die für die Beratung und

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

Zertifizierungen zuständigen Teile des **BSI vom Bundesinnenministerium unabhängig zu stellen**, um Interessenskonflikte zukünftig zu vermeiden und eine unabhängige Beratung von Bürger\*Innen und Unternehmen zu garantieren;

- für besonders Betroffene, wie ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung, eine **spezielle und barrierefreie Beratung** sicher zu stellen.

### **Zugang zu digitalen Angeboten ermöglichen**

Zugang zum schnellen und sicheren Breitbandinternet ist eine grundlegende Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben - besonders in Krisenzeiten. Menschen, die derzeit kein Homeoffice, keine digitalen Bildungs- oder E-Government-Angebote nutzen können, sind derzeit noch weitgehender von gesellschaftlicher wie beruflicher Teilhabe abgekoppelt als sonst.

### **Wir fordern u.a.:**

- Alle Haushalte, Schulen, Universitäten, öffentlichen Einrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, kleine und mittlere Unternehmen sowie gemeinnützige Organisationen sollen einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** bekommen (Internet-Universaldienst), dessen Übertragungsraten sich an der von der Mehrzahl der angeschlossenen Teilnehmer genutzten Bandbreite bemisst und dynamisch angepasst wird. Die Netzbetreiber müssen ausreichende Reservekapazitäten vorhalten;
- Zudem ist eine **flächendeckende Mobilfunk-Versorgung als Teil der Daseinsvorsorge**, zur Ausleuchtung von weißen Flecken mit LTE-Netz („zusätzlicher Pflichtdienst“) notfalls staatlich anzuordnen;
- **Ausreichende, sichere Cloudkapazitäten** als Voraussetzung für die reibungslose Nutzung digitaler Dienste sicherzustellen. Gerade für Angebote wie die Bundes-Cloud oder Gaia-X gilt, dass die Rechenzentren im Geltungsbereich der DSGVO stehen müssen, um Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten und einen Zugriff auf Daten durch Drittstaaten auszuschließen;
- **Digitale Selbsthilfe** (bspw. Freifunk) kann einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung digitaler Teilhabe leisten und muss sehr viel stärker als bisher unterstützt werden, beispielsweise durch die finanzielle Unterstützung der oft ehrenamtlich arbeitenden Initiativen oder die Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit für diejenigen, die im digitalen Ehrenamt an technischen Lösungen für das Gemeinwohl arbeiten.

### **Gewährleistung der Sicherheit und der Schutzrechte in der digitalen Welt**

Der Staat bleibt in der verfassungsrechtlichen Pflicht, die Unversehrtheit digitaler Infrastrukturen und Komponenten sicherzustellen. Gerade im Bereich der IT-Sicherheit werden große politische Versäumnisse deutlich. Das BSI warnt u.a. vor weitreichenden IT-Angriffen auf chronisch überlastete Energieversorger,

## Corona und Digitalisierung – Beschluss der AG Digitalpolitik– 14.04.2020

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitssystems. Es bleibt zentral, knappe Ressourcen in die Härtung digitaler Infrastrukturen, Aufklärung und den Kampf gegen Desinformation zu stecken.

### Wir fordern u.a.:

- tatsächlich **unabhängige, gut ausgestattete Aufsichtsstrukturen für Beratung und Zertifizierungen**, um die sichere Nutzung digitaler Innovationen zu ermöglichen;
- die **schnellstmögliche Vorlage des IT-Sicherheitsgesetzes 2.0** inkl. neuer Verfahren zur unabhängigen Zertifizierung von digitalen Komponenten sowie eines neuen Haftungsregimes;
- echte Bemühungen der deutschen Bundesregierung während der EU-Ratspräsidentschaft für neue **Übereinkünfte für den transatlantischen Datenaustausch und E-Privacy**;
- den verstärkten **Einsatz von Open Source-Lösungen** als elementaren Bestandteil von auf Diversität und Resilienz aufgebauten, sicheren IT-Landschaften.

### E-Government jetzt beschleunigen - Digitalisierungsschub für die Justiz

Gerade in Zeiten, in denen Bürger\*innen der Zutritt in Verwaltungen deutlich erschwert ist, wird deutlich, wie massiv die Versäumnisse im Bereich des E-Government sind und wie wichtig es gerade jetzt wäre, den Gang ins Rathaus digital erledigen zu können. Mindestens die wichtigsten Verwaltungsangebote müssen jetzt schnellstmöglich im Zusammenspiel mit den Ländern digital angeboten und der Prozess der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beschleunigt werden.

Auch in der Justiz mangelt es trotz vorhandener und erweiterbarer verfahrensrechtlicher Möglichkeiten für Verhandlungen und Beweisaufnahmen im Wege der Bild-Ton-Übertragung an flächendeckenden Ausstattungen mit den notwendigen, sicheren technischen Einrichtungen. Auch fehlt es am Zugang zum Recht im Wege schneller Online-Verfahren. Anstatt die Gerichtsöffentlichkeit befristet auszusetzen, müssen alternative Möglichkeiten bei entsprechender Rechtsgrundlage geschaffen und genutzt werden. Grenzen ziehen die Grundrechte dort, wo unmittelbarer Eindruck des Gerichts notwendig ist (u.a. Glaubwürdigkeitseinschätzung von Zeugen oder bei Wahrung der Rechte von Kindern und Betreuten).

### Wir fordern u.a.:

- die schleppende Umsetzung des OZG muss beschleunigt und **krisenrelevante Verwaltungsdienstleistungen** sofort digitalisiert sowie Formulare und Anträge für Unternehmen in größtmöglichem Umfang einfach und digital zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollten für Bürger\*Innen digitale Identitäten und Eigen-Authentifizierungen per Smartphone ermöglicht werden;
- in Zusammenarbeit mit dem CTF, der BfDI und dem BSI müssen umgehend sichere, verschlüsselte und transparent kontrollierbare **FOSS-Messenger für Bundesministerien und –behörden, genauso für Bürger\*Innen und Bürger entwickelt und** zur Verfügung gestellt werden;
- die **elektronische Kommunikation zwischen Bürger\*Innen und Justiz** zu fördern und zu vereinfachen, dazu gehört der Zugang zum Recht im Wege schneller Online-Verfahren;

## Corona und Digitalisierung – Beschluss der AG Digitalpolitik– 14.04.2020

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

- die gesetzgeberisch umfassend vorbereitete **elektronische Akte in der Justiz** durch einen Investitionsschub beschleunigt umzusetzen und dabei die Datensicherheit gewährleisten;
- mindestens die erstinstanzlichen strafrechtlichen **Hauptverhandlungen** an Landes- und Oberlandesgerichten **digital zu dokumentieren** sowie die Rechtsgrundlagen und Einrichtungen dafür zu schaffen;
- einen **Bund-Länder-Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung des „Paktes für den Rechtsstaat“** vorzulegen und Finanzierung auf dem gleichen Wege sicherzustellen.

### Digitale Lösungen für Bildung, Ausbildung, Fortbildung und Kultur

Ob an Schulen oder Hochschulen: Lehrende, Lernende und Eltern leisten gerade Besonderes unter besonders widrigen Umständen. Gleichzeitig entsteht ein unfreiwilliger Wildwuchs aus Lernplattformen, privaten E-Mails oder eigenen Clouds. Für Millionen Menschen stellen sich derzeit sehr ähnliche Fragen: Welche Anwendungen gibt es und wo finde ich sie? Welche pädagogischen Angebote sind datenschutzkompatibel und sicher? Wo bekomme ich Anleitung und Unterstützung?

#### Wir fordern u.a.:

- die schleppende Umsetzung des **Digitalpakt Schule** zu beschleunigen, die schulische Kommunikation und die Nutzung von Cloudangeboten sicher zu gestalten, sowie Lehrkräfte für den digitalen Unterricht bis hin zur Entwicklung komplett digitaler Unterrichtssysteme fort- und weiterzubilden;
- eine nutzerfreundliche und barrierefreie **Website und App mit dem Fokus auf freie Lern- und Lehrmaterialien** (Open Educational Resources), auf der Inhalte für digitale und Medienbildung kuratiert bereitgestellt, qualitätsgeprüft und von den Nutzer\*Innen bewertet werden können;
- **Qualitätsprüfung der Angebote** nach Vorbild des Materialkompasses der Verbraucherzentralen, inkl. Prüfung des Materials auf Grundlage eines Kriterienkatalogs sowie dessen transparente und unabhängige Bewertung;
- Unterstützung von Pädagoginnen und Pädagogen und Interessierten bei der **Anwendung neuer digitaler Medien und Angebote**, indem z.B. Best-Practice-Beispiele und Anleitungen zur Verfügung gestellt und fachliche Diskussionsforen eingerichtet werden;
- benachteiligte Menschen und Familien technisch und durch **Beratung** und öffentliche Bibliotheken bei der Bereitstellung digitaler Bildungs- und Informationsangebote, von digitaler Hausaufgabenhilfen und offener Lehrmaterialien, durch schulische und nicht-schulische Bildungsträger zu unterstützen;
- sich gemeinsam mit den Ländern auf einen verbindlichen **„digitalen Mindeststandard“**, d.h. ein technisches, organisatorisches und pädagogisches Fundament zu einigen, das den digitalen Zugang aller Schüler\*Innen zu ihren Lehrkräften und ggf. zu Lernmaterial und -medien garantiert;
- sicher zu stellen, dass alle **Schüler\*Innen die (technische) Möglichkeit haben**, die digitalen Zugangswege zu ihren Lehrkräften und Lernmitteln zu nutzen.
- durch eine gemeinsame Bund-Länder-Anstrengung ein **digitales Sommersemester** zu ermöglichen und eine Digitalisierungspauschale für Hochschulen zu prüfen;



(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

- die Möglichkeiten für digitale (Arbeits-)Fortbildungen deutlich zu erweitern;
- sicherzustellen, dass das Zuwendungsrecht so ausgestaltet wird, dass für "analoge" **Kultur- und Sozialprojekte** bewilligte Gelder unkompliziert für digitale Angebote umgewidmet werden können.

### **Digitalisierung der Wirtschaft und Startups**

Wir müssen überall dort und immer dann, wo und sobald nicht die Gesundheit von Menschen gefährdet wird, wirtschaftliche Tätigkeit ermöglichen. Digitale Lösungen können solche Nischen auf tun sowie von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffene Unternehmen über Vernetzung mit hilfreichen Informationen, Software, Formularen und Ansprechpartner\*Innen versorgen. Langfristig müssen massive Investitionen in die Digitalisierung der Wirtschaft für mehr Souveränität, Krisenfestigkeit und ein verlässliches digitales Standbein sorgen.

#### **Wir fordern u.a.:**

- **Informationsbasierte Exit-Strategie:** Auf Basis intelligenter Datenauswertung und von KI-unterstützter Prognosen, zielgenaue und situationsabhängige Entscheidungen für verschiedene Regionen und verschiedene Branchen, wo wirtschaftliche Tätigkeit zugelassen werden können;
- **Vernetzte Pandemiewirtschaft:** Die Angebote aus der Wirtschaft, unter anderem aus der 3D-Druck-Branche, -, Produktionskapazitäten umzustellen, anzunehmen, um dringend benötigte Schutzmasken, Teile für Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel und anderes Equipment für Kliniken zu produzieren. Außerdem sollte die Nachfrage der Kliniken, Arztpraxen, Pflegeheime oder systemrelevanten Betriebe digital abgebildet und am besten europaweit sinnvoll miteinander vernetzt werden;
- **Innovative Hilfe skalieren und bewährte Lösungen langfristig sichern:** Förderung von digitalen Lösungen, wie einfach implementierbare Onlineshops oder der digitale Vertrieb von Gutscheinen und Dienstleistungen. Zusammen mit Unternehmen, Startups und Verbänden sollten besonders sinnvolle Projekte identifiziert und schnell, unterstützt durch die Innovationsteams der Bundesministerien und notfalls auch mit staatlicher Hilfe im Sinne finanzieller Unterstützung, dem Abbau bürokratischer Hürden oder gezielten Ausnahmen von derzeitigen Regelungen, zum Tragen gebracht werden;
- **Digitale Unterstützungsangebote** gebündelt zugänglich zu machen, um den aktuell in jeder Hinsicht vielfach geforderten KMU die notwendige Übersicht zu bieten;
- **Einzelhandel und Onlinehandel** besser zu verzahnen und kontaktloses Bezahlen zu erleichtern. Dabei muss der Einzelhandel beim schnellen Zugang zu digitalen Vertriebswegen und auf dem Weg zu einem dezentraleren, wettbewerbsfähigeren und nachhaltigeren E-Commerce-System unterstützt werden. Technische Lösungen für kontaktloses Bezahlen sind zu erleichtern, wobei Bezahlung per Bargeld möglich bleiben muss;
- **Startups in der öffentlichen Vergabe stärker einbeziehen** und dafür Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung vereinfachen und flexibler gestalten und insbesondere bei ausbleibenden

## Corona und Digitalisierung – Beschluss der AG Digitalpolitik– 14.04.2020

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

Finanzierungen, stärker bei der gemeinwohlorientierten Entwicklung von digitalen Lösungen fördern.

### Digitalisierung und Arbeit

Zur Bewältigung der aktuellen Situation wird derzeit oftmals aus der Not heraus Homeoffice und mobiles Arbeiten praktiziert. Allerdings können viele Menschen ihre Arbeitstätigkeit gar nicht digital verrichten. Viele Arbeitnehmer\*innen wünschen sich mehr Flexibilität im Arbeitsalltag, gleichzeitig drohen entgrenzte Arbeitsbelastungen.

#### Wir fordern u.a.:

- Unterstützung von Arbeitgebern und Arbeitnehmer durch **sicherheitszertifizierte digitale Werkzeuge für mobiles Arbeiten** und Beratungsangebote für Unternehmen, um eine sichere digitale Arbeitsumgebung zu gewährleisten;
- die Klarstellung, dass **auch beim mobilen Arbeiten das Arbeitszeitgesetz** gilt. Arbeitszeit muss auch im Homeoffice dokumentiert werden. Beschäftigte im Homeoffice brauchen außerdem ein Recht auf Nichterreichbarkeit. Außerdem müssen die Beschäftigten im Homeoffice und bei der mobilen Arbeit unter dem allgemeinen Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung (§2 Abs. 1 SGB VII) stehen, damit sie bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten abgesichert sind;
- nach der Corona-Krise einen **Rechtsanspruch auf Homeoffice und mobiles Arbeiten** einzuführen und zwar mit folgenden Regeln: freiwillig, mit Rückkehrrecht und alternierend zum festen Arbeitsplatz;
- die Zeit der Corona-Krise zu nutzen, um **Erfahrungen beim Homeoffice für die Zukunft nutzbar zu machen** und um zu eruieren, welche weiteren gesetzlichen Rahmenbedingungen und technischen Voraussetzungen fehlen, die aber für mobile Arbeit notwendig sind oder wichtig wären, um die Beschäftigten ausreichend zu schützen;
- nach der Corona-Krise den **Arbeitsschutz** zu regeln: Arbeitgeber müssen die Beschäftigten umfassend unterweisen und über Gefährdungspotentiale und Schutzmaßnahmen, zum Beispiel hinsichtlich einer geeigneten ergonomischen Arbeitsplatzausstattung, informieren. Gleichzeitig gilt es, Regelungen zu finden, wie für mobile Arbeitsplätze Gefährdungsbeurteilungen erstellt werden können.

### Digitalisierung und Soziale Arbeit

Die aktuelle Situation macht soziale Ungleichheiten besonders deutlich. Dies droht die soziale Schere weiter aufgehen zu lassen. Gerade in Zeiten der physischen Distanz sind viele Menschen, auf sozialen Kontakt, Hilfsangebote und Beratung angewiesen sind. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen müssen entsprechende Möglichkeiten der Hilfe ausgelotet und finanziell unterstützt werden.

#### Wir fordern u.a.:

## Corona und Digitalisierung – Beschluss der AG Digitalpolitik– 14.04.2020

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

- Menschen in besonders schwierigen Situationen wie zum Beispiel ältere Menschen, denen zu Hause Einsamkeit droht, Familien in beengten Wohnverhältnissen, Geflüchtete, Menschen in sozialen Brennpunkten und hier insbesondere Frauen, Jugendliche und Kinder, aber auch Menschen mit Behinderung, **unterstützende digitale Maßnahmen** (wie Video-Gespräche oder spezielle digitale Bildungsangebote) bereitzustellen;
- die Stärkung und **Schaffung von digitalen Begegnungsräumen**;
- für **psychologische Beratungsangebote** technisch und rechtlich sichere Angebote zu schaffen.

### Digitalisierung und Mobilität

Alltäglich, insbesondere in den Stoßzeiten, treffen in Bus und Bahn mehr Menschen direkt aufeinander als bei irgendeiner anderen Gelegenheit im öffentlichen Raum. Insbesondere der öffentliche Verkehr ist massiv von den Einschränkungen durch die Corona-Krise betroffen. Nach den Auflockerungen der Beschränkungen wird es insbesondere zu Stoßzeiten eine große Herausforderung für den Öffentlichen Personenverkehr sein, die geltenden Abstandsregeln einhaltbar zu gestalten. Aufgrund dessen müssen die Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, schnellstmöglich genutzt werden.

#### Wir fordern u.a.:

- Unterstützung eines intelligenten, digitalen, auf aggregierte und anonymisierte Daten basierendes **Betriebsmanagement für den Öffentlichen Verkehr**, auch auf Basis von Open Data, um die Rushhour zu entzerren und in Echtzeit geeignete alternative Routen anzuzeigen;
- Aufbau eines **bundeseinheitlichen Standards für Mobilitätsplattformen**, über die nicht nur Tickets und Reiseverbindungen gesucht, gebucht und bezahlt werden können, sondern die auch Corona-relevante Daten zur Verkehrslenkung und Entzerrung sammeln, verarbeiten und in die städtische wie individuelle Verkehrs- und Wegeplanung einbeziehen;
- Daten zu flexibilisierte Schul- und Arbeitsanfangs- sowie Endzeitpunkte ebenfalls in die Verkehrs- und Wegeplanung über die Mobilitätsplattformen einfließen zu lassen.

### Verantwortung der Plattformen – Informationen und Desinformation

Den Online-Plattformen und Messengerdiensten kommt in dieser Zeit eine besondere Verantwortung zu. Zahlreiche Anbieter spielen relevante offizielle Informationen gut sichtbar aus. Neben lebenswichtigen Informationen werden jedoch auch Desinformationen gepaart mit Hate Speech über die Plattformen verbreitet. Der organisierte Rechtsextremismus verbreitet Hetze gegen vermeintlich schuldige Migrant\*Innen und Staaten wie Russland oder China fahren gezielte Kampagnen, die die EU als kurz vor dem Zusammenbruch beschreiben und sich als alleinige Krisenhelden inszenieren.

#### Wir fordern u.a.:

- die Sicherung einer vielfältigen Medienlandschaft für qualitativ hochwertigen Online-Journalismus;

## Corona und Digitalisierung – Beschluss der AG Digitalpolitik– 14.04.2020

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

- auf europäischer Ebene die Idee einer **nicht-kommerziellen Plattform** zu prüfen, um grenzüberschreitend, qualitätsgeprüfte und öffentlich-rechtliche Inhalte zur Verfügung zu stellen, auch um informierte und paneuropäische Debatten zu ermöglichen;
- eine gesetzliche Verpflichtung für Plattformen, Forschung über die Wirkung von Desinformation sowie Bekämpfungsstrategien durch offene Schnittstellen zu unterstützen;
- **Unabhängige Faktenchecks** durch Journalist\*innen, NGOs, Kooperationsprojekte und Forschung (durch offene Schnittstellen) zu unterstützen;
- **Unabhängige und kostenfreie Informations- und Beratungsstellen** zu Desinformation zu fördern und eine (Teil-)Finanzierung durch verpflichtende Abgabe von Diensteanbietern & Telemedien ab einer bestimmten Größe zu prüfen.

### Digitalisierung des Bundestages und digitale Arbeit der Exekutiven

Auch der Bundestag und die Bundesregierung müssen sich der derzeitigen Situation anpassen und sollten die Gelegenheit nutzen, bisher viel zu zaghafte Digitalisierungsversuche stärker voranzutreiben. Vorschläge hierfür haben wir immer wieder unterbreitet. Das Ziel muss die Erhöhung der Transparenz parlamentarischer und gesetzgeberischer Abläufe, die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und die Ermöglichung von echter Beteiligung im Sinne einer vitalen Demokratie bleiben. Auch die Ausstattung des Parlaments mit sicheren, digitalen Tools für die alltägliche Arbeit ist stark verbesserungsbedürftig. Dass es bis heute beispielsweise keinerlei Videokonferenzsysteme für die Arbeit des Parlaments und seiner Abgeordneten gibt, ist ein massives Versäumnis, das schnellstmöglich behoben werden muss. Insgesamt muss die IT-Ausstattung (Hard- und Software), der Support und die Ermöglichung des sicheren digitalen Arbeitens den derzeitigen Herausforderungen angepasst werden.

Mit der Änderung von §126a GO-BT gibt es bereits zeitweise eine provisorische Möglichkeit für die digitale Arbeit der Ausschüsse (digitale Teilnahme an Sitzungen, Beschlüsse im elektronischen Umlaufverfahren, Öffentlichkeit von Sitzungen per Stream). Für eine Digitalisierung des Plenarbetriebes, der auf Rede und Gegenrede und der Anwesenheit von Abgeordneten fußt, müssten weitreichende Änderungen des Grundgesetzes vorgenommen werden. Diese würde den Charakter unserer parlamentarischen Demokratie sehr verändern und müssten deshalb sehr sorgfältig diskutiert werden.

### Wir fordern u.a.:

- Abgeordnete und Mitarbeitende in Verwaltung und MdB Büros müssen schnellstmöglich vollständig in die Lage versetzt werden, sicher mobil arbeiten zu können;
- Der Bundestag muss u.a. sichere Videokonferenzen technisch ermöglichen, auch um Ausschusssitzungen und Anhörungen digital durchführen zu können;
- **Ausschusssitzungen** müssen **grundsätzlich öffentlich stattfinden und per livestream** ins Netz übertragen werden und nur auf Beschluss soll die Öffentlichkeit von Sitzungen ausgeschlossen werden können;
- Mit Blick auf die **Bürger\*Innenbeteiligung das Potential der Digitalisierung** bei einer nötigen Reform des Petitionsrechts zu nutzen;

Corona und Digitalisierung – Beschluss der AG Digitalpolitik– 14.04.2020

(Tabea Rössner, Konstantin von Notz, Anna Christmann, Dieter Janecek, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Beate Müller-Gemmeke, Margit Stumpp, Stefan Gelbhaar, Danyal Bayaz, Katja Dörner, Agnieszka Brugger, Cem Özdemir, Ingrid Nestle) und Kai Gehring und Kordula Schulz-Asche

- Eine **Verschlüsselung der Kommunikation (-sprogramme) innerhalb der Bundesregierung** und zwischen den Verfassungsorganen und nachgeordneten Behörden sicherzustellen.